

Unsere Forderungen

- Wiedereinführung der Vermögenssteuer mit einem progressiven Steuersatz.
- Reform der Erbschaftsteuer mit Wegfall der Begünstigungen für den Besitz an Unternehmen.
- Vermögensabgabe, um die aktuellen Belastungen der Coronapandemie auszugleichen.

So können wir diese wichtigen Ziele erreichen

Mehr sozialer Zusammenhalt und Verantwortung

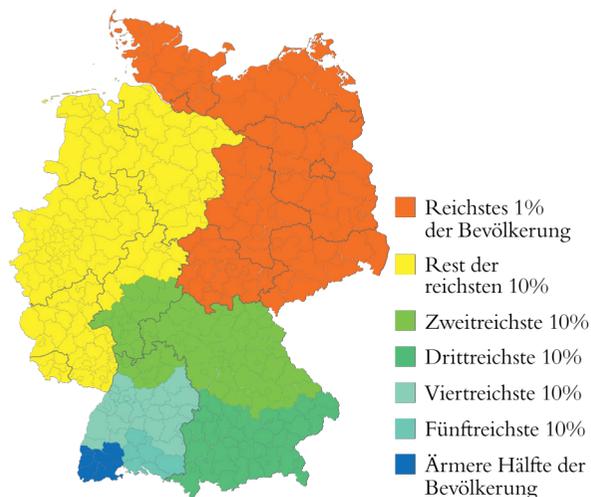
In Krisen wie der gegenwärtigen Corona-Krise werden besonders diejenigen hart getroffen, die ohnehin nicht gut gestellt sind. Immer mehr Menschen brauchen in der Krise Unterstützung, und immer größere gesellschaftliche Gruppen sind darauf angewiesen. Es gilt, den Sozialstaat auszubauen und krisenfest zu gestalten. Alle Erwerbstätigen und Erwerbslosen müssen in die sozialen Sicherungssysteme einbezogen werden. Überholte ständische Privilegien sind abzubauen.

Eine ökologisch nachhaltige Wirtschaftsweise

Für diese Transformation der Wirtschaft und die Absicherung der Beschäftigten in diesem Umstrukturierungsprozess müssen in den kommenden Jahren große Summen dauerhaft zur Verfügung gestellt werden.

Rücknahme verfehlter Privatisierungen und Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen

Die weitere Privatisierung gesellschaftlicher Dienstleistungen und der Infrastruktur muss auf allen Ebenen beendet, wichtige Bereiche wie Gesundheit und Bildung müssen massiv ausgebaut werden.



Wenn Deutschlands Fläche so aufgeteilt wäre wie der Reichtum, würde das reichste Prozent der Bevölkerung ganz Ostdeutschland, Schleswig-Holstein und Hamburg besitzen. Die ärmere Hälfte der Bevölkerung müsste mit 1,3 Prozent der Landesfläche auskommen.

Mehr Infos

Wer zahlt? ist eine Kampagne von Attac Deutschland. Mehr Infos zur Kampagne für eine gerechte Vermögensbesteuerung gibt es unter attac.de/wer-zahlt

Mehr Hintergründe zu Steuer- und Finanzthemen gibt es auf der Seite der AG Finanzmärkte und Steuern: attac.de/ag-finanzmarkt-steuern

Wir freuen uns über Mitstreiter*innen! Mehr dazu unter attac.de/mitmachen



V.i.S.d.P. Jakob Migenda, Münchener Straße 48, 60329 Frankfurt/Main

WER ZAHLT!

Reichtum besteuern

Für ein gutes Leben.
Für alle.

Wer zahlt für die Krise?

Die Corona-Krise hat wieder einmal gezeigt, dass in einschneidenden Krisen nur ein leistungsfähiger Staat – zusammen mit aktiven gesellschaftlichen Einrichtungen – zur Krisenbewältigung fähig ist. Ein kaputt gesparter Staat ist nicht in der Lage, diese Kraft aufzubringen. Neben der Bewältigung der Folgen der Coronapandemie gilt es aktuell, die Aufgaben im Zusammenhang mit der sozial-ökologischen Transformation tatkräftig anzugehen, um das Ziel einer nachhaltigen Lebens- und Wirtschaftsweise in einem absehbaren Zeitraum zu erreichen.

Um die dafür notwendigen Finanzmittel aufzubringen, sind eine ganze Reihe steuerlicher Maßnahmen, wie beispielsweise die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, die Umkehrung des Steuerenkungswettlaufes bei der Unternehmensbesteuerung und die Bekämpfung von Steuerflucht und Steuervermeidung notwendig.

Die zunehmende gesellschaftliche Spaltung in Arm und Reich und deren negative Folgen, gerade auch in der Corona-Krise, erfordert eine angemessene Besteuerung großer Vermögen.

Große Vermögen, sehr hohe Einkommen, Erbschaften und Schenkungen tragen bislang zu wenig zur Finanzierung des Gemeinwesens bei. Zwischen 1998 und 2015 wurden die reichsten 30 Prozent der Bevölkerung steuerlich entlastet, während die unteren 70 Prozent mehr Steuern zahlen mussten.

Bei Vermögen und Erbschaften bildet Deutschland eine Steueroase. Je höher die Erbschaft oder Schenkung, umso niedriger werden die real gezahlten Steuersätze. Das ist der gesetzlichen Steuertabelle, die eigentlich dem Prinzip höhere Steuern auf höhere Einkommen folgt, genau entgegengesetzt.



Bild: Jakob Huber

Unsere Kernpunkte

Die Vermögensbesteuerung sollte so hoch sein, dass eine weitere Konzentration von Vermögen in immer weniger Händen vermieden wird und wieder zurückgeht. Sie muss so justiert werden, dass die in der Verfassung vorgegebenen Ziele Schritt für Schritt erreicht werden. Das ist nicht unrealistisch. In den Jahrzehnten vor 1980 waren die Steuern auf Einkommen, Vermögen und Erbschaften in fast allen Industriestaaten so hoch, dass die Vermögenskonzentration abnahm.

- Daher fordern wir progressive Steuersätze, da Vermögen umso schneller wachsen, je größer sie sind. Für eine gerechte Besteuerung der Superreichen sollte die Vermögenssteuer auch erst bei einem Vermögen über einer Million Euro beginnen.

Die Erbschaftssteuer sollte auch bei Erb*innen großer Vermögen, auch von Betriebsvermögen, angewandt werden und einen angemessenen Beitrag zur Staatsfinanzierung leisten. Bislang privilegiert sie die großen Schenkungen. So wurden bei Schenkungsvorgängen über 20 Millionen im Jahr 2019 real lächerliche 0,9 Prozent Schenkungssteuer gezahlt. Bei Erb- und Schenkungsfällen unter 300.000 Euro (nach Abzug der Freibeträge) lag die Steuerquote dagegen bei über 11 Prozent. Deshalb fordern wir:

- Die heutige Progression der Steuersätze soll bleiben und durch weitere Progressionsstufen oberhalb von 100 Millionen Euro ergänzt werden.
- Die Empfänger von kleinen Erbschaften und Schenkungen, die heute am meisten abgeben müssen, sollen entlastet werden. Dazu schlagen wir einen Freibetrag für jede Person von einer Million Euro vor – und zwar für alle Zuwendungen aus Erbschaften und Schenkungen innerhalb eines Lebens. Der sonstige Freibetragswildwuchs wird abgeschafft. Damit bliebe „Oma ihr klein Häusschen“ steuerfrei und würden Klein- und Mittelbetriebe entlastet.
- Bei Erbschaften und Schenkungen zwischen einer und 20 Millionen Euro können betriebliche Belange berücksichtigt werden, überwiegend durch langfristige Stundung der Steuerschuld.
- Bei Erbschaften und Schenkungen über 20 Millionen Euro soll es keine Steuerfreibeträge mehr geben.
- Steuersätze, die rein verwandtschaftsbezogen sind, entsprechen nicht mehr den gegenwärtigen gesellschaftlichen Beziehungsverhältnissen und müssen angepasst werden.